Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: Goldmark 8.—, halbjährig: Mark 4.—, vierteljährig: Mk. 2.—; Einzelnummer 20 Goldpfennig/Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4.

Inhalt:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile: 30 Goldpfennig. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstr. 4 Fernsprecher 53099 Postscheck-Konto: München 3987.

Nr. 27 | **4. Juli 1924** | **11. Jahrgang**

1924 Wochenkalender 5684

	Juli	Tammus	Bemerkungen
Sonntag	6	4	
Montag	7	5	
Dienstag	8	6	
Mittwoch	9	7	
Donnerstag	10	8	
Freitag	11	9	
Samstag	12	10	חקת פרק ה׳

DEUTSCHE BANK

Bilanz am 31. Dezember 1923

AKTIVA	Bill. M	MM
Bargeld, Sorten, Zinsscheine und Guthaben bei Abrechnungsbanken	36,314,786	930,528
Guthaben bei Banken und Bankfirmen	128,805,624	815,525
Wechsel	11,506,349	050,672
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen	20,304,032	374,139
Eigene Wertpapiere	2,759,434	346,096
	199,690,227	516,960
Beteiligung an Gemeinschafts-Unternehmungen	756,645	965,000
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	1,096,789	460,000
Schuldner in laufender Rechnung	147,855,626	724,590
(außerdem: Schuldner aus geleisteten Bürgschaften . . 31,422,844 Bill. M)		
Bankgebäude		10,000
Sonstiger Grundbesitz		10,000
Übergangsposten der eigenen Stellen untereinander	440,113	821,558
	349.839,403	508,108

PASSIVA	Bill. M	MM
Aktienkapital		1,500
Reserven	600	000,000
	600	001,500
Gläubiger	349,287,795	832,608
Akzepte	550,007	674,000
(außerdem: geleistete Bürgschaften 31,422,844 Bill. M)		
Unerhobene Dividende	1,000	000,000
	349,839,403	508,108

Gewinn- und Verlust-Rechnung am 31. Dezember 1923

SOLL	Bill. M	MM
Handlungs-Unkosten	18,696,191	597,682
Steuern und Abgaben	3,349,967	389,409
Wohlfahrtseinrichtungen für die Beamten (Klub, Kantinen, Erholungsheime und dergl.) und Beiträge der Bank zum Beamtenfürsorge-Verein	842.031	180,785
	22,888,190	167.876
Abschreibungen auf Einrichtung	439,098	887,868
Abschreibungen auf Bankgebäude	1.138,919	134,528
	24,466,208	190.272

HABEN	Bill. M	MM
Vortrag aus 1922		86
Rechnungsmäßiger Überschuß auf den Ertragskonten	24,466.208	190,186
	24,466,208	190,272

Das Jüdische Echo

Nummer 27 | 4. Juli 1924 | 11. Jahrgang

Die direkten Bezieher

unserer Zeitschrift machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß noch nicht bezahlte Abonnementsbeträge im Laufe der nächsten Zeit durch Boten eingehoben werden.

Wir bitten alle Abonnenten, die mit den Bezugsgebühren im Rückstand sind, zu veranlassen, daß die vorgezeigten Quittungen **eingelöst** werden, damit keine unnötigen Kosten entstehen. Verlag des „Jüdischen Echo".

„Konfessioneller Friede"

„Die Gleichberechtigung der christlichen Konfessionen im Staate steht fest, an ihr darf nicht gerüttelt werden. Der konfessionelle Friede muß unter allen Umständen als eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die innere Einigung und die Konsolidierung unserer innerpolitischen Verhältnisse erhalten bleiben. Wer ihn stört, vergeht sich am Staate und am Volkswohl. Ich bedauere, daß sich gerade in der jüngsten Zeit mehr und mehr Erscheinungen bemerkbar machen, die auf einen planmäßigen Versuch einer neuen vergiftenden Konfessionshetze schließen lassen müssen. Die Regierung wird unnachsichtlich jeder Störung des konfessionellen Friedens entgegentreten."

In diesen Worten erschöpfte der neue Ministerpräsident Held den wichtigen Programmpunkt „konfessioneller Friede". Also nur die Gleichberechtigung der christlichen Konfessionen steht fest und nur die neue Konfessionshetze (also die zwischen Protestanten und Katholiken) wird bedauert.

Geschriebenes und ungeschriebenes Staatsgrundgesetz kennt nur gleiches Recht für alle. Nun endlich die bayerische Volkspartei selbst durch ihr Parteioberhaupt auch offiziell die Verantwortung für die Leitung des Staats übernommen hat, und die manchmal so bequemen Kompetenzzweifel zwischen Ministerien und Generalstaatskommissar nicht mehr bestehen, soll Klarheit sein!

Beim Kapitel „konfessioneller Friede" konnte der Chef der bayerischen Volkspartei die niedrige infame, von Lüge und Schwindel lebende, mit Verleumdung arbeitende volksverdummende Judenhetze mit all ihren Exzessen und Folge-Erscheinungen (siehe Fall Willstädter) nicht übersehen.

Soll sich also der konfessionelle Friede nur auf die beiden christlichen Konfessionen beschränken? Will uns der Ministerpräsident mit seiner Erklärung ebenso außerhalb des Rechts stellen, wie dies Kahr bei seinem Amtsantritt als Generalstaatskommissar tat? Ist die bayerische Volkspartei schon so sehr Gefangene ihrer deutschnationalen Mitregierer, die sich ihrerseits nach den Völkischen richten, daß die Gleichberechtigung der Juden schon geopfert ist? Glaubt die Katholikenpartei sich Ruhe verschaffen zu können, wenn sie die Judenhetze frei gibt? Hat sie schon vergessen, daß eine ganze Reihe der Hetzargumente gegen die Katholiken verflucht viel Ähnlichkeit haben mit den gegen die Juden gerichteten? Haben die mannhaften Worte des obersten Würdenträgers der katholischen Kirche in Bayern bei der bayer. Volkspartei keinen Widerhall gefunden?

Es ist ein Wahn, wenn man glaubt, den „konfessionellen Frieden" wahren und gleichzeitig die Judenhetze freigeben zu können. Man kann nur die Ruhe im Lande wahren, nach jeder Richtung, oder man wird sie gar nicht haben können. Man kann nur der völkischen Hetze in jeder Richtung entgegentreten oder man wird ihrer gar nicht Herr werden können.

Es ist eine böse Unterlassung, daß die neue Regierung in den „konfessionellen Frieden" die Juden nicht eingeschlossen hat. Wir erheben dagegen feierlich Verwahrung, auf nichts gestützt als auf unser Recht als Menschen und Bürger.

Der Rücktritt Willstätters

Geheimrat Professor Dr. Willstätter, Träger des Nobelpreises für Chemie, Inhaber des Ordens pour le merite, einer der bedeutendsten Chemiker der Welt, wenn nicht der bedeutendste, hat den Universitätsbehörden seine Rücktrittserklärung überreicht, weil er als Jude an der Universität München, an der antisemitische Tendenzen immer mehr vorherrschen und an denen vorbeizusehen ihm sein Ehrgefühl unmöglich macht, nicht länger wirken kann. Dieser Beschluß ist, wie wir von bestinformierter Seite erfahren (auf deren Angaben wir uns stützen) fest und endgültig. Um dies vorweg zu nehmen: Die mannigfaltigen Gerüchte, als ob Willstätter persönlich irgendwie angefeindet worden wäre, irgendeine Kränkung erlitten hätte, die gegen seine Person gerichtet war, sind absolut falsch. Der Vorschlag Professor Goldschmidts stammt keineswegs von Willstätter — wie man nach den Berichten der Tagespresse anzunehmen geneigt ist — ja Geheimrat Willstätter hat es sorgfältig vermieden, auf den Vorschlag irgendwelchen Einfluß zu nehmen, er hat nicht einmal an den Fakultätssitzungen teilgenommen, die darüber zu beschließen hatten.

Deshalb meinen auch „maßgebende Kreise" innerhalb und außerhalb der Universität, Willstätter habe gar keinen triftigen Grund für seinen Rücktritt, da der abgelehnte Vorschlag gar nicht

von ihm stamme. Diese Kreise, die sich oft als maßgebend für das öffentliche Ehrgefühl ansehen, scheinen nicht begreifen zu können, daß es einem Juden nicht gleichgültig sein kann, wenn die Universität die Berufung eines Gelehrten, dessen wissenschaftliche und persönliche hervorragende Eignung von keiner Seite bestritten wird, ausschließlich deswegen ablehnt, weil er Jude ist. Also nicht aus persönlicher Gekränktheit — zu der kein Grund vorliegt — ist Willstätters Schritt zu erklären. Er hat seine Ursache in der immer stärker werdenden antisemitischen Tendenz an der Universität, die ein ruhiges wissenschaftliches Arbeiten unmöglich macht. Der Versuch, für die Ablehnung Prof. Goldschmidts Opportunitätsgründe geltend zu machen, ändert die Tatsachen nicht im Geringsten. Es ist schwer vorstellbar, daß Universitätsprofessoren sich „von Rücksichten auf die Zeitstimmung" leiten lassen, wenn nicht ihre eigene Stimmung derselben entspricht. Es würde sonst heißen, die Universität irgendwelchen Skandalmachern ausliefern, wenn man vornherein sich von der Rücksicht auf mögliche Skandale leiten ließe.

Es wäre zu verstehen, wenn auch keinesfalls zu billigen, wenn die politische Behörde, hier also das Kultusministerium, das die Berufung schließlich vorzunehmen hat, politische Gründe beachtet, aber die Universität darf sich von anderen als wissenschaftlichen Erwägungen nicht leiten lassen, wenn sie nicht, wie es hier geschehen, einen Mann der Wissenschaft, der mit Willen Jude ist, tief kränken will.

Nun diese Kränkung geschehen, aber ohne daß die Absicht erkennbar wäre, die an der Universität herrschende antisemitische Tendenz, also die Kränkung selbst, beseitigen zu wollen, bemühen sich eine Reihe von Faktoren, Geheimrat Willstätter zum Bleiben zu bewegen: Senat und Fakultät, eine Studentenversammlung und der Stadtrat und schließlich „stundenlange private Bemühung des Kultusministers". Es ist beschämend, daß diese Faktoren (abgesehen vom Stadtrat, der ja keinen direkten Einfluß hat), glauben, mit persönlicher Anerkennung in mannigfacher Form eine Kränkung erledigt, die nicht persönlicher Art war. Es heißt doch die vornehmen und selbstlosen Motive Willstätters sehr verkennen, wenn man meint, ihn dadurch umstimmen zu können. Wie wir hören, ist denn auch der Entschluß Willstätters fest und unabänderlich. Der Fall Goldschmidt ist schließlich auch nicht die einzige Ursache, sondern als der letzte Anlaß anzusehen, der Willstätter von der Universität vertreibt. Er konnte die sich häufenden antisemitischen Pöbeleien aller Art der Studentenschaft, den immer stärker werdenden Antisemitismus der Professoren nicht übersehen. Der Skandal im vorigen Jahr gegen den Juden Professor Spiegelberg mußte naturgemäß auch den Juden Willstätter treffen, ebenso wie die antisemitischen Hetzplakate aller Art der Studenten und deren Kundgebungen, die Juden die Fähigkeit und das Recht absprechen wollen, deutsche Jugend zu lehren und zu führen. Ist den Universitätsbehörden, die all dies nicht nur geduldet, sondern gefördert haben, nie eingefallen, daß dies Treiben schließlich den jüdischen Professoren den Aufenthalt an der Universität verleiden muß? Was bedeutet es, wenn Professoren und Studenten Willstätter ihre Verehrung als Forscher, Lehrer und als Mensch aussprechen, wenn er in einer Adresse als Lehrer und Führer der Jugend gefeiert wird, wenn anderseits die allgemeine antisemitische Tendenz an der Universität weiter **herrscht?**

Der Rücktritt Willstätters ist eine eindringliche Warnung vor der Fortsetzung des Weges, auf dem München den Rest seiner einstigen Weltgeltung als Kulturstadt zu verlieren hat. So gilt der Schritt Willstätters schließlich am allerwenigsten seinem Interesse, sondern — wenn er recht verstanden wird, der kulturellen Entwicklung Münchens. Es gilt zu entscheiden, ob München weiterhin die Haupt-Pfleg- und Sammelstätte der Judenhetze in Europa sein und sich durch die Folge-Erscheinungen aus der Reihe der Städte, die Bedeutung für die Weltkultur haben, streichen will, oder ob freie Geistestätigkeit ihm allmählich seinen einstigen Rang in der Welt wiedergewinnen kann. Nach Bruno Walter Richard Willstätter — viele Männer dieser Bedeutung hat München nicht zu verlieren!

Von den Äußerungen der Öffentlichkeit in dieser Sache hat uns die Stellungnahme der „Münchener Neuesten Nachrichten" am peinlichsten berührt, dieses Blatt, das stolz darauf sein kann, zur Vergiftung der Atmosphäre in München am allermeisten beigetragen zu haben, dieses Blatt, das lange Zeit als Hauptorgan der Nationalsozialisten wirkte und alle antisemitischen Bestrebungen raumgebend förderte, hätte allen Grund zu schweigen. Es hat die Entwicklung stark verschuldet, die Willstätter München verleidet. Bezeichnend ist, daß sie den Anlaß des Rücktritts „verhältnismäßig unbedeutend" findet. Das ist offenbar aus der Perspektive des getauften Juden Paul Nikolaus Coßmann gesehen?! Der Ehrbegriff Willstätters gibt eine ganz andere Antwort!

Willstätter nach Berlin?

Nach einer Meldung hat die Kaiser Wilhelm Gesellschaft Geheimrat Willstätter eingeladen, einer neu zu errichtenden, nach seinen Wünschen auszugestaltenden Forschungsstelle vorzustehen. Nach unserer Information liegt bisher ein Entschluß Geheimrat Willstätters nicht vor.

Palästina-Nachrichten

Eine neue jüdische Siedlung im Süden von Jaffa.

Polnische Juden haben an der Grenze von Bajit w'gan einen Bodenkomplex von 1800 Dunam erstanden, um dort eine städtische Siedlung anzulegen. Da sie mit dem Bau bald beginnen möchten, haben sie zwecks Durchführung der notwendigen Vorbereitungen Herrn A. Tennenbaum, Redakteur des „Lodzer Tageblatt" nach Palästina entsandt. Ein gemeinsamer Bebauungsplan für diesen Bodenkomplex wie auch für Bajit w'gan, das ebenfalls 1500 Dunam umfaßt, wird jetzt im Ausland von bewährten Fachleuten entworfen. Alle die zahlreichen Touristen, die diesen Platz besucht haben, sind von der Schönheit der Lage, der Güte des Bodens und dem prachtvollen Klima entzückt. (Ziko.)

Schon wieder die Agudah.

Jerusalem (J.T.A.) Die „Agudas Jisroel in Palästina" hat unter der Führerschaft von Rabbiner Sonnenfeld der Regierung eine Bittschrift überreicht, in welcher gesagt wird, daß 3000 orthodoxe Juden gegen den augenblicklich vom Kolonialamt geprüften Gesetzentwurf bezüglich der Gemeindeverwaltungen protestieren. Sie ersuchen darin, daß eine besondere Klausel zu ihren Gunsten eingefügt werden soll, die ihnen volle Freiheit bezüglich aller orthodoxischen Institute zubilligt und ihnen die Unabhängigkeit von den jüdischen Behörden, die sie als zionistisch orientiert an-

sehen, garantiert. Es ist ein besonderer Bettag angesetzt worden, daß diese Bittschrift Erfolg habe. —

Aus der jüdischen Welt

Deutschland.

Lasker im Berliner Rathaus.

Berlin (J.T.A.) Dr. Emanuel Lasker, der Sieger im Schachturnier in New York, ist am 30. Juni in Berlin eingetroffen. Am Mittwoch, dem 2. Juni abends 8 Uhr findet im Bürgersaal des Berliner Rathauses unter Teilnahme staatlicher und städtischer Behörden ein offizieller Empfang des siegreichen deutschen Schachmeisters statt. Dr. Emanuel Lasker wird hierbei selbst eine seiner Partien aus dem New Yorker Turnier am großen Wandbrett erläutern.

Die palästinensischen „Laissez passer" gelten in Deutschland als Paßersatz.

In der jüngst im deutschen Reichsgesetzblatt veröffentlichten Bekanntmachung zur Ausführung der Paßverordnung vom 4. VI. 1924 heißt es:

§ 102: „Laissez passer" für Reisende aus Palästina. Von der britischen Verwaltungsbehörde aus Palästina ausgestellte „Laissez passer", in denen die Inhaber als Palästinenser oder als Angehörige eines anderen Staates mit Wohnsitz in Palästina bezeichnet werden, gelten als Paßersatz, wenn sie einen Vermerk tragen, daß dem Inhaber die Rückkehr nach Palästina gestattet ist. (Ziko.)

Dr. A. Klee aus Palästina nach Berlin zurückgekehrt.

Berlin (J.T.A.) Nach fast zweimonatigem Aufenthalte in Palästina ist Herr Rechtsanwalt Dr. Alfred Klee, der bekannte Zionist, Vorstandsmitglied der Berliner jüdischen Gemeinde und Mitglied der Exekutive der Jüdischen Welthilfskonferenz, wieder in Berlin eingetroffen. Herr Dr. Klee wurde bekanntlich vor seiner Abreise aus Palästina vom Oberkommissar Sir Herbert Samuel empfangen.

Die jüdischen Studenten und die Wahlen in das Studentenparlament.

Berlin (J.T.A.). Die jüdische Studentengruppe an der Berliner Universität führt einen intensiven Wahlkampf im Zusammenhang mit den am 1., 2. und 3. Juli stattgefundenen Wahlen in das Berliner Studentenparlament. In dem Wahlaufruf der jüdischen Gruppe heißt es u. a.:

„Wir kämpfen gegen die Prozentnorm, deren Einführung von allen rechtsstehenden Gruppen erstrebt wird, gegen Statistiken aller Art, die jüdische Studenten in eine Sonderstellung drängen wollen. Wir fordern unbeschränkte Gleichberechtigung der jüdischen Studenten in allen akademischen Angelegenheiten, für jüdische Ausländer die gleiche Rechtsstellung wie für nicht jüdische Ausländer, Herabsetzung der gerade für den jüdischen Mittelstand ganz unerträglich hohen Studiengebühren. Besetzung der Ämter, zumal des Wirtschaftsamtes, nach der Befähigung und nicht nach der politischen Gesinnung.

Sämtliche rechtsgerichteten Gruppen der Studentenschaft haben sich im Hinblick auf die Wahlen zusammengeschlossen und auf das völkisch-antisemitische Programm geeinigt. Die „deutsche Gruppe" plakatiert Wahlaufrufe, die über die Ziele der Völkischen u. a. das folgende bekunden: „Das Ideal der deutschen Gruppe ist die Verwirklichung des echt deutschen Staatsgedankens, gereinigt von fremdstämmigen Einflüssen."

Die antisemitische Propaganda aus Anlaß der Studentenwahlen.

Berlin (J.T.A.). In Verbindung mit den gegenwärtig an der Berliner Universität stattfindenden Wahlen in das Studentenparlament hat die völkisch eingestellte „Deutsche Finkenschaft" neue Plakate anschlagen lassen, in denen davon gesprochen wird, daß eine „kleine rassefremde Minderheit" sich nicht in die ihr zukommende bescheidene Rolle fügen will. Auch wird in den Plakaten von einem „Abbau" des jüdischen demokratischen Parlamentarismus" gesprochen, den die deutsche Finkenschaft fordere.

Die demokratische Presse stellt fest, daß der gegenwärtige, bekanntlich sehr weit rechts stehende Rektor der Universität, Professor Roethe, eine solche verhetzende Propaganda duldet, während er eine Versammlung des republikanischen „Deutschen Studentenbundes", auf welcher der demokratische Abgeordnete, Prof. Bergstraeßer und der Demokrat Dr. Graf Albrecht Montglas sprechen wollten, verboten habe.

Feierliche Eröffnung des Institutum Judaicum an der Berliner Universität.

Berlin (J.T.A.). Am 23. Juni nachmittags fand in der Berliner Universität die feierliche Eröffnung des Institutum Judaicum statt. Das Institut war ursprünglich vom verstorbenen berühmten Orientalisten Professor Strack begründet worden und war seinerzeit aufs engste mit der Judenmission verbunden. Nunmehr aber ist es aus diesen Beziehungen gelöst und samt seiner über 4000 Bände umfassenden Bibliothek der theologischen Fakultät einverleibt worden. Es soll nun rein wissenschaftlichen Zwecken dienen. Die Hauptziele des Instituts sind nunmehr: Historische Erforschung des nachbiblischen Judentums, zunächst in der helenistisch-byzantinischen Zeit. Ferner wird es sich an dem von den Professoren

Greßmann, Lietzmann und Terczyner herausgegebenen „Judaica Monumenta et Studia" beteiligen.

Zur Eröffnung erschien im Auftrage des Kultusministers Staatssekretär Becker, dann der Rektor der Universität Professor Roethe, der Dekan der theologischen Fakultät Professor Deißmann und eine größere Anzahl Gelehrter. Nach der Begrüßung Professor Greßmanns hielt Staatssekretär Becker eine Ansprache und hob die ungeheuere Bedeutung des Judentums für die Entwicklung der europäischen Kultur hervor. Das Hauptverdienst der Juden auf religiösem Gebiete ist die nationale Denkenergie, mit der es hier die Probleme erfaßte. Gerade deshalb aber müssen auch jüdische Gelehrte mit dem Institut mitarbeiten.

Der Rektor Professor Roethe meinte, es sei gerade die Erforschung des mittelalterlichen Judentums notwendig, dessen Einfluß auf occidentale Denkweise nicht hoch genug anzuschlagen ist.

Namens der Akademie für die Wissenschaft des Judentums sprach Professor Dr. Guttmann die Bereitwilligkeit der jüdischen Gelehrten zur Mitarbeit aus. Professor Dr. Terczyner überbrachte die Glückwünsche für die Wissenschaft des Judentums.

Zum Schluß hielt Professor Greßmann den Festvortrag über: „Die Bedeutung des nachbiblischen Judentums in der helenistisch-römischen Zeit."

Konstituierung des Kuratoriums der Walter Rathenau-Stiftung.

Berlin (J.T.A.). Am 24. Juni, dem Tage der Ermordung Walter Rathenaus, erfolgte im Rathenau-Hause in der Königsallee im Grunewald, aus dem Walter Rathenau vor zwei Jahren seine Todesfahrt angetreten hat, die konstituierende Sitzung des Kuratoriums der Walter Rathenau-Stiftung. Die Sitzung fand statt unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten als Ehrenvorsitzenden und unter Teilnahme der Mitglieder des Kuratoriums, zu denen außer der Mutter und der Schwester Walter Rathenaus u. a. die Herren Professoren Einstein und Nernst, die Direktoren der A.-E.-G. Deutsch & Mammroth, C. F. v. Siemens, von Mendelssohn und der Dichter Fritz von Unruh gehören. Der Vorstand der Stiftung ist noch nicht ernannt. Es ist geplant, eine „Walter-Rathenau-Gesellschaft" ins Leben zu rufen.

Eine nationalsozialistische Brandrede im Reichstag.

Lösung der sozialen Frage durch Austreibung und Enteignung der Ostjuden.

Berlin (J.T.A.). In der sozialpolitischen Aussprache in der Reichstagssitzung am 26. Juni hielt der Nationalsozialist Fahrenhorst unter dem Beifall seiner Fraktionsgenossen eine antisemitische Brandrede. Er sagte, die nachnovemberlichen Regierungen hatten für die Kriegsopfer kein Geld, „aber sie hatten Geld für den Staatsgerichtshof zum Schutze der jüdischen Vorherrschaft, für das Spitzelheer des Genossen Severing und für die Einleitung der vielen Prozesse gegen schwerbeschädigte Kriegsteilnehmer, die sich nicht auf den Boden dieser dreimal verfluchten Novemberrepublik stellten und den Mut hatten, die jüdische Börse der Novemberrevolution ein Verbrechen und ihre Arrangeure Verbrecher zu nennen. Die Regierung Marx-Stresemann beantwortet wohl die unverschämte Entwaffnungsnote des Juden Herriot, aber nicht den Notschrei der Veteranen. Wo ist die Wohnungsfürsorge geblieben, die man uns versprochen hat: während die Ostjuden immer Wohnung finden. Wir brauchen Geld und wir könnten es haben, wenn wir das eingewanderte ostgalizische Schiebergesindel enteignen und ausweisen. Nur den Kaftan mit den Läusen sollten sie behalten. (Heiterkeit bei den Nat.-Soz.) Die soziale Frage kann in dieser mit dem jüdischen Kapital verfilzten Novemberrepublik überhaupt nicht gelöst werden. Das ist möglich in dem völkischen Staat, den wir nötigenfalls mit der Waffe in den Straßen Berlins gegen die jüdischen Generale Scholem und Katz erkämpfen wollen."

Die Klage Max Warburgs gegen Theodor Fritsch vor dem Reichstag.

Berlin (J.T.A.). In der Sitzung des Reichstags vom 28. Juni wurde über einen Antrag der Nationalsozialistischen Freiheitspartei, die Privatklageverfahren der Bankiers Dr. Melchior und Max Warburg in Hamburg gegen den Abgeordneten Theodor Fritsch für die Dauer der Sitzungsperiode aufzuheben, verhandelt. Der Geschäftsordnungsausschuß hat die Annahme dieses Antrages empfohlen.

Der sozialistische Abgeordnete Loebe sprach unter wachsender Bewegung des ganzen Hauses seine Verwunderung darüber aus, daß die Fraktion, der Herr Fritsch angehört, einen Antrag stelle, der verhindern solle, daß der Beweis für die Behauptungen von Fritsch angetreten werde. Der Tatbestand ist folgender: Fritsch hatte in den Jahren 1922 und 1923 die schwersten Beleidigungen über Warburg und Melchior ausgesprochen, ihnen Landesverrat, schwere Ehrlosigkeit, Schiebungen in das Ausland, Schwächung Deutschlands durch absichtliche finanzielle Schädigungen vor dem Kriege, Verlängerung des Krieges durch Verhinderung eines Friedens mit Rußland und ähnliche Verbrechen auch nach dem Kriege vorgeworfen. Fritsch hatte auch behauptet, daß während der Versailler Verhandlungen Max Warburg auf deutscher Seite und Felix Warburg auf der Seite der Entente (in Wirklichkeit war Felix Warburg gar nicht in Versailles), gemeinsam an der Knechtung Deutschlands gearbeitet haben. Als Warburg und Melchior klagten, hat Fritsch seine Behauptungen am 7. Febr. 23 unter dem Ausdruck tiefsten Bedauerns zurückgenommen. Schon am 15. Mai 1923 hat er aber seine Behauptungen wiederholt. Auf die neue Klage wurde der erste Termin auf den 24. September 1923 festgesetzt. Fritsch erschien nicht. Der nächste Termin am 28. Januar 1924 mußte ausfallen, weil durch die Verordnung der Reichsregierung vom 9. Januar alle diese Prozesse bis zum 24. April sistiert waren. Als dann zum 27. Mai d. J. der dritte Termin festgesetzt war, fand sich Fritsch wieder nicht ein. Der Prozeß wurde auf den 1. Juli vertagt. Nun versteckt sich Fritsch, der inzwischen in den Reichstag gewählt ist, hinter seine Immunität. Loebe schloß, man müßte doch annehmen, daß sie, die Deutschvölkischen, keinen sehnlicheren Wunsch haben, als die Warburg und Melchior zu entlarven, jetzt aber drücken sie sich in das Gegenteil von Tapferkeit und Wahrheit. (Stürmischer Beifall von links und in der Mitte.) Loebe fordert die Nationalsozialisten auf, doch die Juden nicht zu schützen, sondern der gerichtlichen Untersuchung freien Lauf zu lassen, „damit Juda endlich entlarvt werde." (Stürmische Heiterkeit und lebhafte Zustimmung.)

Der Demokrat Heß fragt den völkischen Henning, ob er es für anständig halte, eine Behauptung zurückzunehmen und dann zu wiederholen. Henning antwortet mit antisemitischen Anwür-

fen. Abg. Haas (Dem.) erklärt, er würde die Bezeichnung „Jude“ nie als Beleidigung auffassen, wenn sie nicht nach den Begleitumständen offenbar in beleidigender Absicht gebraucht werde.

Abg. Brodauf beantragt die Zurückweisung des Antrages an den Ausschuß.

Loebe (Soz.) stellt fest, daß nach den Akten Fritsch in zehn Monaten keinerlei Beweisantrag gestellt habe. Das Mißtrauen gegen jüdische Richter scheine sich bei den Nationalsozialisten aber nicht auf jüdische Rechtsanwälte zu erstrekken, denn Wilhelm II. und auch Völkische pflegten zu ihren Prozessen jüdische Rechtsanwälte zu nehmen.

Das Abstimmungsergebnis über den Antrag Brodauf bleibt zunächst zweifelhaft. Im Hammelsprung wird die Rückverweisung des Falles Fritsch an den Ausschuß mit 128 gegen 124 Stimmen beschlossen.

Der „Jude Herriot“

Berlin (J.T.A.). Die „Deutsche Zeitung“ hatte bekanntlich vor kurzem behauptet, der neue französische Premier sei ein rasseechter Jude und stehe in Diensten des Moskauer Sowjetismus. In einer Polemik mit der „Vossischen Zeitung“, die sich über diese Behauptung lustig macht, stellt die „Deutsche Zeitung“ nochmals die jüdische Abstammung Herriots fest und verweist auf die „sprechenden Abbildungen“ des Premiers, sowie auf die Tatsache, daß sein Sekretär — Israel heißt. Die Zeitung fügt hinzu: „Soweit wir unterrichtet sind, bestreitet man in Frankreich gar nicht, daß Herriot ein waschechter Jude ist.“

Die Zeitung versteigt sich noch zu folgenden Bemerkungen: „Daß dabei der Jude Herriot mittelbar das französische Gastvolk ebenfalls schädigt, ist selbstverständlich, kommt aber für uns vorläufig kaum in Betracht. Uns ist zur Zeit viel wichtiger, daß der Jude Herriot in trautem Verein mit den Moskauer Rätejuden, den jüdischen Drahtziehern in England und der jüdischen Hochfinanz in Amerika, sowie mit tatkräftiger Unterstützung der Juden in unserer eigenen Heimat an Deutschlands Vernichtung arbeitet.“

Amerika

Präsident Coolidges Sympathien für den Zionismus

Als Vorkonferenz zu der vom 29. Juni bis 1. Juli in Pittsburg stattfindenden Konvention der amerikanischen Zionisten fand in Worcester am 1. Juni eine von 300 Delegierten beschickte Beratung der Zionisten aus New England statt. Der zum Vorsitzenden gewählte Assistenzstaatsanwalt der Ver. Staaten Elihu D. Stone empfing ein Telegramm des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Calwin Coolidge, worin dieser seinen Sympathien für die zionistische Bewegung Ausdruck verleiht. „Ich bedaure“, schreibt Präsident Coolidge, „daß mich verschiedene andere Verpflichtungen hindern, der Konvention der Zionisten von New England beizuwohnen. Wollen Sie bitte den Delegierten meine besten Wünsche übermitteln. Ich habe bereits so oft mein Interesse für diese große Bewegung bekundet, daß alles, was ich sagen würde, nur eine Wiederholung früherer Worte sein würde. Trotzdem nehme ich diese Gelegenheit gern zum Anlaß, um meine Sympathie mit der tiefen und starken Sehnsucht auszudrükken, die einen so schönen Ausdruck findet in dem Ziel des jüdischnationalen Heims in Palästina.“

(Ziko)

Der amerikanisch-jüdische Kongreß gegen Ku-Klux-Klan

New York (J.T.A.). Eine besondere Delegation der Executive des jüdischen Kongresses mit Dr. Stephen S. Wise an der Spitze erschien auf dem Konvent der republikanischen Partei und machte die Delegierten auf die Gefährlichkeit der Ku-Klux-Klan aufmerksam, die eine ungewöhnliche antisemitische Tätigkeit entfalten. Die führenden Persönlichkeiten der republikanischen Partei versicherten, daß Ku-Klux-Klan mit allen Mitteln bekämpft werden wird.

England

Kolonialminister Thomas, General Storrs und Baron Edmond Rothschild besuchen den Palästina-Pavillon auf der Britischen Reichsausstellung.

Freitag, den 20. Juni, stattete der englische Kolonialminister Thomas der Britischen Reichsausstellung in Wembley einen zweiten offiziellen Besuch ab, wobei er in Gesellschaft von Sir Ronald Storrs, Gouverneur von Jerusalem, auch den Palästina-Pavillon besuchte. Die beiden illustren Gäste wurden dort vom Mitglied der Zionistischen Exekutive Mr. Joseph Cowen und dem politischen Sekretär Mr. Leonhard Stein empfangen. Mr. Thomas weilte gegen eine halbe Stunde im Palästinapavillon und betrachtete aufmerksamst die dort ausgestellten Gegenstände. Er erkundigte sich eingehendst über die Fortschritte der jüdischen Kolonisation und gab seiner Befriedigung über die zunehmende Entwicklung derselben Ausdruck.

Auch Baron Edmond Rothschild, der für kurze Zeit nach London gekommen ist, wo er auch mehrere wichtige Besprechungen mit Dr. Weizmann hatte, stattete dem Palästinapavillon einen längeren Besuch ab. (Ziko)

Polen

Die jüdischen Gemeinden in Polen für die Pro-Palästina-Arbeit

Wie der J.T.A.-Vertreter erfährt, beabsichtigt der neue Vorstand der Warschauer jüdischen Gemeinde auf die Initiative der zionistischen Mitglieder des Vorstands hin, eine intensive Tätigkeit für die Palästina-Arbeit zu beginnen. Die zionistischen Vorstandsmitglieder in den Gemeinden ganz Polens werden schon in den ersten Sitzungen der neuen Gemeindeverwaltung Resolutionen zugunsten der Palästina-Arbeit einbringen. Man erwartet, daß sich die Mitglieder der orthodoxen Partei der Agudas Jisroel für eine, die gesamte jüdische Bevölkerung ergreifende Zwangssteuer zugunsten des Aufbaus Palästinas bereit erklären werden.

Der polnische Unterrichtsminister greift die jüdischen Abgeordneten in offener Sejm-Sitzung an

Warschau (J.T.A.). Während der Beratung über das Budget des Unterrichtsministeriums im polnischen Sejm ergriff der Minister für Unterricht Professor Miklaszowsky das Wort und führte u. a. aus:

Die Regierung hat die Wahlen in die jüdischen Gemeinden laut den geltenden Gesetzen durchgeführt. Die Juden zählen laut ihren eigenen Angaben 15 Prozent Analphabeten. In den Mittelschulen stellen sie 23 Prozent der Schüler, in den Hochschulen 25 Prozent. Diese Ziffern beweisen, daß die Verfolgungen, von denen die Juden in ihren inneren und auswärtigen antistaatlichen Agitationen sprechen, gar nicht existieren.

Bei diesen Worten gerieten die jüdischen Abgeordneten in große Erregung, die sich auf die Bänke der anderen Minderheitsvertreter fortpflanzte, während die Rechte dem Minister Beifall spendete. Nachdem der Vorsitzende die Minderheitsverteter Regula, Dr. Schipper und Prilutzki zur Ordnung gerufen hat, verließen alle Abgeordneten der nationalen Minderheiten demonstrativ den Saal.

Der jüdische Parlamentsklub zur Sprachenfrage

Warschau (J.T.A.) Das Präsidium des jüdischen Parlamentsklubs sandte an den Ministerpräsidenten Grabski und an den Innenminister ein Schreiben, in welchem Beschwerde darüber geführt wird, daß an der Verordnung wegen der offiziellen Sprachen in den Randländern die jüdische Sprache nicht berücksichtigt worden ist. In dem Briefe heißt es: Wir erinnern daran, daß in den Randländern die jüdische Bevölkerung einen großen Prozentsatz ausmacht; in den Städten bildet sie meist die Mehrheit. Es ist darum ein großes Unrecht, wenn man die sprachlichen Postulate gerade dieser Bevölkerung unberücksichtigt läßt. Dies verstößt gegen die Prinzipien der Verfassung und des Versailler Vertrages. Die Juden werden gezwungen sein, eine der zwei anderen Minderheitssprachen als ihre Sprache anzugeben. Das würde eine passive Gegenwehr sein, die weder der Bevölkerung selbst, noch dem Staate von Nutzen sein wird. Wir bitten die Regierung, die Rechte und Postulate der jüdischen Bevölkerung in bezug auf ihre Sprache sowohl in den Randländern, als auch im ganzen Staate zu berücksichtigen.

Polen.

Der Leiter der polnischen Emigrationsabteilung über die Palästina-Emigration

Konstantinopel. (I.T.A.) Her H. Glonsky, der Leiter der Emigrationsateilung der polnischen Regierung, der eben in Palästina geweilt hat, um die Lage der jüdischen Immigranten aus Polen zu erforschen, hat dem Konstantinopler I.T.A.-Vertreter gegenüber erklärt, er sei nach Palästina in einer skeptischen Stimmung gegangen, aber während eines vierzehntägigen Aufenthaltes in dem Lande habe er einen tiefen Eindruck von der Arbeit der Chaluzim bekommen. Es sei ihm schwer gewesen zu glauben, daß diese Bauern, die die Felder bebauten, polnische Juden wären. Herr Glonsky sagte, er werde in seinem Bericht an die polnische Regierung befürworten, daß Erleichterungen für die Emigration nach Palästina gegeben werden sollen. Er fügte noch hinzu, daß er in Palätina nichts von Kommunismus gemerkt hätte, der, wie so viel erzählt wird, unter den jüdischen Arbeitern in Palästina verbreitet sein soll.

Rumänien

Die rumänischen Faszisten revidieren ihr Aktionsprogramm

Jassy. (J.T.A.) Die Jassyer Zeitungen erfahren aus sicherer Quelle, daß die führenden faszistischen Kreise Rumäniens ihr Tätigkeitsprogramm nach der Richtung revidieren, daß die öffentlichen antisemitischen Aktionen aufhören sollen und der Kampf um die „Entscheidung“ in Rumänien nur durch parlamentarische Mittel geführt werden soll.

Lucien Wolf erwirkt Aufenthaltsverlängerung für die jüdischen Flüchtlinge in Rumänien

Der Vertreter der J.T.A. in Bukarest erfährt, daß die Verhandlungen des Herrn Lucien Wolf mit der rumänischen Regierung betreffend die jüdischen Flüchtlinge, die jetzt noch in Rumänien weilen, erfolgreich gewesen sind. Die rumänische Regierung hat gemäß der Intervention Lucien Wolfs beschlossen, die Sowjet-Regierung zu ersuchen, eine Heimkehr jüdischer Flüchtlinge aus Rumänien nach der Ukraine in geschlossenen großen Gruppen zu gestatten. Die Regierung hat ferner beschlossen, die Aufenthaltsdauer für diejenigen Flüchtlinge auszudehnen, für die eine Aussicht besteht, nach Übersee auszuwandern.

Rußland

Die Verbannung der Zionisten aus Moskau nach Jerusalem

Moskau (J.T.A.). Am 27. Juni reisten 41 Zionisten, von 15 Familienmitgliedern begleitet, von Moskau nach Odessa ab, um sich von dort mit Schiff nach Palästina zu begeben. Es handelt sich um die Zionisten, die von der Sowjet-Regierung wegen zionistischer Betätigung verbannt worden sind.

Das Schiff ist am 1. Juli von Odessa in See gegangen.

Ungarn

Strafuntersuchung gegen die Budapester jüdische Kultusgemeinde

Budapest (J.T.A.). Das Polizeikommissariat des VII. Bezirks von Budapest leitete gegen den Präsidenten der Kultusgemeinde Dr. Alexander Lederer, den Abgeordneten Wilhelm Vaszenim, Oberrabiner F. Hovosi und Redakteur des „Egyenlöseg“ Dr. Ludwig Szabolosi die Strafuntersuchung ein, weil sie eine Sammlung zugunsten der nach dem Ausland abgewanderten Opfer des Numerus

clausus veranstalteten, ohne hierzu eine behördliche Bewilligung eingeholt zu haben. Die Polizei legte den umfangreichen Untersuchungsakt dem Unterrichtsminister Grafen Klebelsberg vor, der ihn dem Präsidium der Kultusgemeinde zur Berichterstattung und Rechtfertigung weitergeleitet hatte. Das Präsidium der Kultusgemeinde bereitet nun die Rechtfertigungsschrift vor, in der dargelegt wird, daß es die ungarländische Judenschaft als ihre heiligste Aufgabe betrachtet, die ins Exil gehenden jüdischen Hochschüler zu unterstützen und daß eine Sammelaktion gar nicht notwendig sei, indem die Beiträge freiwillig einfließen.

Minister Szabos Mittel zur Lösung der jüdischen Frage

Budapest (J.T.A.). In einer Wahlversammlung in seinem Wahlbezirk Bugaczer Pusta in der Nähe der Stadt Kocskemet hielt der Minister für Landwirtschaft Stefan Szabo eine Rede, in deren Verlauf er auch auf die Judenfrage zu sprechen kam. Er sagte: es ist kein christliches Werk, die Juden zu massakrieren. Was wir zu tun haben, ist, ihnen die Mittel zum Leben zu nehmen.

Diese Äußerung hat in politischen Kreisen im Hinblick auf die kürzlich von dem Premierminister Graf Bethlen abgegebenen Erklärungen, daß die antisemitische Politik in Ungarn aufhören müsse, viel Aufsehen gemacht. Szabo, der bäuerlicher Herkunft ist, wurde als eins der liberal gesinnten Mitglieder des Kabinetts betrachtet, um so mehr hat seine Äußerung überrascht.

Abschaffung des Numerus clausus erst nach Wiedererlangung der verlorenen Provinzen

Budapest (J.T.A.). Bei Besprechung des Angriffes auf jüdische Studenten in der Universität von Fünfkirchen in der ungarischen Nationalversammlung fragte der antisemitische Deputierte Stefan Lendvai-Lehner die Regierung, ob sie beabsichtigt, den Numerus clausus gegen jüdische Studenten voll und ganz durchzuführen. Der Bildungsminister erwiderte, es sei die Absicht der Regierung, das Gesetz über den Numerus clausus weiter durchzuführen, es wird solange nicht aufgehoben werden, bis nicht die verlorenen Provinzen Ungarn zurückerstattet worden sind(!!)

Im ungarischen Parlament wird die Entsendung eines Juden zu den olympischen Spielen gefordert

Unser Budapester B. P.-Mitarbeiter berichtet: In einer Interpellation bezüglich der Teilnahme der Magyaren an den olympischen Spielen in Paris, lenkte der bekannte antisemitische Abgeordnete Gömbös die Aufmerksamkeit des Ministers auf den Fechtsport, wobei er betonte, daß Ungarn einen Fechter besitzt, der an den Olympiaden zweimal die Weltmeisterschaft errungen hat. Hierauf entspann sich folgende interessante Debatte, die die antisimetische Logik ad absurdum führt:

Abg. Györky: Ein Jude!

— Ja, ich konzediere, daß er Jude ist. (Die Linken bringen begeisterte Eljenrufe auf Dr. Eugen Fuchs aus.)

Abg. Gömbös: Diesem zweimaligen olympischen Sieger verweigert man die Ausreise nach Paris.

— Eine Schmach und ein Skandal!

— Weil er Jude ist, deshalb läßt man ihn nicht, ruft die Opposition dazwischen.

— Er muß unbedingt nach Paris!

Abg. Gömbös: Auch ich halte es für unbedingt notwendig, die Aufmerksamkeit des Ministers darauf zu lenken, daß die ungarischen Farben an der Olympiade würdig vertreten sein sollen, selbst dann, wenn ein Jude dieselben trägt.(!)

Literarisches Echo

Berlin. Kürzlich fand in Berlin die Gründungsversammlung einer neuen bibliophilen Gesellschaft statt. Die Gesellschaft, die sich die besondere Pflege des jüdischen Buches zur Aufgabe gestellt hat, nennt sich nach dem Namen der klassischen hebr. Druckerfamilie des 15. Jahrhunderts.

„Soncino-Gesellschaft der Freunde des jüdischen Buches" und will nach den Gesetzen der unlösbaren Gebundenheit von Buchinhalt und Buchform das schöne jüdische Buch schaffen.

Sie gibt „Beiträge zur Kunde des jüd. Buches" als Vierteljahresschrift von jährlich 24 Bogen Umfang unter der Redaktion von Arnold Zweig heraus, während die bibliographische Beilage, die als Fortsetzung der nach 21 jährigem Bestehen vor 2 Jahren eingegangenen „Zeitschrift für hebr. Bibliographie" gedacht ist, Prof. A. Freimann, Frankfurt a. M., leiten wird.

Ferner beabsichtigt sie die Herausgabe seltener Texte und wertvoller Drucke von Werken jüdischen Inhalts und jüdischen Geistes in den Sprachen aller Zeiten und Kulturen, welche in bibliophil und wissenschaftlich einwandfreier Weise als Privatdrucke für die Mitglieder hergestellt werden und ihnen, ebenso wie die Zeitschrift, gegen Entrichtung des Beitrages von Mk 10.— pro Halbjahr ohne weitere Nachzahlung zugehen.

Die Gesellschaft umfaßt bei der Gründung ca. 100 Mitglieder. Die Anzahl der Mitglieder ist auf 500 begrenzt. Die Geschäftsstelle der Gesellschaft, Berlin C. 2, Kaiser Wilhelmstr. 12, versendet bei Aufgabe von Referenzen Einladungen zum Beitritt und beantwortet Anfragen.

Schalom Asch läßt sich dauernd in Warschau nieder. Warschau (J.T.A.). Der jüdische Schriftsteller- und Journalisten-Verein in Warschau veranstaltet am 5. Juli einen feierlichen Empfangsabend mit literarisch-künstlerischen Darbietungen zu Ehren des berühmten jüdischen Schriftstellers Schalom Asch, der nun dauernden Aufenthalt in Warschau nimmt. Der Abend findet in dem größten Warschauer Saal, dem Zirkus in der Ordinazka-Strasse, der 2500 Personen faßt, statt. Schalom Asch wird persönlich über die Aufgaben der jüdischen Literatur sprechen.

Ein jiddisches Theater in Berlin. Berlin (J.T.A.). Die bisher in dem Folies Caprices gastierende jiddische Theater-Truppe, die bis jetzt Operetten und Volksstücke spielte, hat sich verstärkt und zu einer Schauspiel-Truppe umgewandelt. Die Initiative hierzu gab der auf der deutschen Bühne berühmte Schauspieler Alexander Granach, Mitglied des Staats-Schauspielhauses, der auch die Ausbildung der Truppe überwacht. Bekanntlich ging dieser Künstler aus dem Ostjudentum hervor. Die erste Vorstellung wird am Sonntag den 29. Juni im Wallner-Theater gegeben. Aufgeführt wird: Schalom Aschs „Gott der Rache" mit Alexander Granach in der Titelrolle.

„Ein neues Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege für das Jahr 1924 in Vorbereitung! Der Deutsch-Isr. Gemeindebund und die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden beabsichtigen gemeinsam ein neues Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege (Statistisches Jahrbuch für das Jahr 1924) herauszugeben. Da das letzte Handbuch aus dem Jahre 1913 stammt, liegt in allen Teilen des deutschen Judentums ein außerordentlich starkes Bedürfnis nach der Herausgabe des neuen Werkes vor.

Das Handbuch wird außer den eingehenden und neuesten Angaben über die Gemeinden, deren Einrichtungen, Vorstandsmitglieder, leitende Beamten (Verzeichnis aller Rabbiner und Lehrer), auch die neuesten Verzeichnisse aller Wohlfahrtseinrichtungen der offenen, geschlossenen und halboffenen Fürsorge, aller jüdischen Schulen und Kultureinrichtungen, aller landwirtschaftlichen, handwerklichen und hauswirtschaftlichen Ausbildungsstätten, aller Vereine und Organisationen auf dem Gebiete des Wohlfahrts- und Bildungswesens, der jüdischen Buchhandlungen, rituellen Speiseeinrichtungen usw. enthalten, kurz, es soll ein umfassendes Nachschlagewerk für sämtliche bestehenden jüdischen Einrichtungen in Deutschland werden.

Der Deutsch-Isr. Gemeindebund und die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden haben das

Büro für Statistik der Juden, Berlin C. 2, Rosenstraße 2/4

das unter der Leitung des Herrn Dr. Jakob Segall steht, beauftragt, das Material zu sammeln und die notwendigen Vorarbeiten für die Herausgabe des Buches, welches bereits am 1. Oktober ds. Js. erscheinen soll, durchzuführen.

In diesen Tagen gehen sämtlichen Gemeinden, Organisationen, Anstalten usw. Fragebogen durch das Büro für Statistik zu, um deren sorgfältigste Ausfüllung und rascheste Rücksendung dringend gebeten wird.

Das Gelingen des Werkes hängt von dem Interesse und der tätigen Mithilfe aller jüdischen Kreise ab, die es als Ehrenpflicht betrachten sollten, durch Überlassung lückenlosen Materials und schnellster Erledigung von Umfragen die Herausgabe zu unterstützen.

Max Nordau. Nordau's zionistische Schriften sind im Jüd. Verlag in 2. Auflage erschienen; beigegeben ist die Wiedergabe eines Porträts, das seine Tochter gemalt hat.

Nordau's zionistische Schriften sind nur in der äußeren Form ein Buch. In Wahrheit sind sie ein Denkmal und man erinnert sich bei ihrer Betrachtung an ein altes Dichterwort: Exegi monumentum. Genau so waren seine Reden keine Reden im landläufigen Sinne; wer ihn als Vortragenden gehört hat, hörte Hammerschläge aus kräftiger Faust, der Gedanke und das Wort waren von stärkster Wucht, und ihr Autor war wohl ein Mann, wohlerfahren in allen Techniken der Redekunst, aber so sehr erfahren, daß er es als das klügste erfand, seine lebendige, kluge und echte Persönlichkeit ohne alle Mittelchen wirken zu lassen.

Man hat gegen Nordau viel Ressentiment gehegt. Man hat seine „conventionellen Lügen" — nicht nur von orthodoxer Seite — seine scheinbar restlose Assimilation an französisch-europäisches 19. Jahrhundert als Beweis dafür angesehen, daß alles Jüdische in ihm abgestorben und sein Zionismus eine Gewaltsamkeit sei.

Das Gefühl war nicht ohne Grund. Hämmern in Wort und Schrift, wie er, das konnte keiner, dem die scheue Sensibilität eigen war, zu der — wenigstens bei den jüdischen Literaten — manche Umstände jenen altjüdischen, oft verbrecherisch dickköpfigen Bekennermut umgeprägt haben. Nordau hat sich wirklich von den meisten zeitgenössischen Juden Mittel- und Westeuropas empfindlich unterschieden.

Aber vielleicht war er eben wegen dieser vermeintlich unjüdischen Seiten ein recht markanter Jude? Ich bin davon überzeugt. Mit solcher Leidenschaft vertieft sich nicht leicht ein anderer als ein echter Jude in die Totalität moralischer Lebensfragen. Bei allem Niveauunterschied: ein Stückchen alten Prophetentums liegt in dieser Zertrümmerungswut, kaum in der Leistung, aber sicher im Streben.

Aber nicht allein in der leidenschaftlichen Problemstellung erkennen wir den Juden, sondern auch in der leidenschaftlichen Beantwortung, in der Unbedingtheit und Rücksichtslosigkeit des Nordau'schen „Nein". Noch ein anderer, heute viel Genannter hat sich ähnlich geäußert: Karl Marx. Zu solchem General-Nein gelangt im allgemeinen nur der Jude, der die Mängel seiner Existenz täglich heiß erlebt und sie — vielleicht fälschlich — als allgemein menschliche betrachtet. Wenn Nichtjuden zu solchem Nein gelangen — wir denken an Wedekind, z. T. an Nietzsche — dann sind für diese eher rein individuelle Gründe vorhanden. Es hat etwas Rührendes, wie dieser herbe Hitzkopf mit Hingabe an Herzl's Idee und Person sich attachiert, wie der schwer Lenkbare die politischen Lehren seines Freundes und Meisters — Wolfsohn darin ähnlich — bis zum letzten Tage und bis zum Doktrinarismus treu bleibt. Man lese seine „Zionistischen Schriften" nicht nur um ihres Inhaltes willen. Der Inhalt bietet heute nicht mehr viel Neues, das Sachliche liest man im „Zionistischen ABC-Buch" kürzer. Man lese seine Schriften wegen seiner strebend-bemühten Persönlichkeit, die hinter jedem Worte steht; die Persönlichkeit des Toten wird durch seine Schriften ebenso fesseln, wie es die machtvolle Rede des Lebenden getan hat.

Personalia

Berlin. Frau Lina Wagner-Tauber vollendet am 3. Tammus, der in diesem Jahr auf den 5. Juli fällt, ihr fünfzigstes Lebensjahr. Diese seltene Frau hat ihren Namen in die Geschichte des deutschen Zionismus und gleichzeitig der weitgehenden jüdischen Sozialaufgaben in Berlin mit unvergänglichen Lettern eingeschrieben. Frau Wagner, die Tochter eines Kaufmannes, der zugleich ein großer Kenner der jüdischen Wissenschaft war, verbindet mit einer seltenen Veranlagung von Gemüt und Phantasie, einen glasklaren Verstand. Sie ist eine der Mitbegründerinnen des Vor-Herzlschen Zionismus in Deutschland. Sie hat vor allem die Jüdischnationale Frauen-Vereinigung geschaffen, die Schwester der Zionistischen Vereinigung, und ist ihre Vorsitzende noch bis heute. Sie gründete und leitete mit andern gleichgesinnten Frauen die Kinder-Volksküche während des Krieges, sandte Ferien-Kolonien aus, schuf Kinderheime und leistete in Jugend-Organisationen Erziehungsarbeit, besonders durch die Verbreitung der Kenntnisse von jüdischer Geschichte und Kultur. Ihr Haus wurde der Mittelpunkt jüdischer Wohlfahrtsbestrebungen im weitesten Sinne und die Stelle, wo tausende Hilfe suchen und finden. Frau Wagner, die eine ausgezeichnete Rednerin ist, hat sich auch schriftstellerisch hervorgetan, besonders durch Schaffung von Jugenderzählungen und Märchen. Sie ist mit Herrn Jacob Wagner verheiratet, der als Sammler einer seltenen und in hohem Maße wertvollen hebräischen Bibliothek in Gelehrtenkreisen um so bekannter ist, als seine Bibliothek zugleich der Ausfluß einer seiner tiefsten bibliographischen und literarischen Kenntnisse der jüdischen Wissenschaft bedeutet. Frau Wagner übt noch heute als die Vorsitzende der Jüdisch-Nationalen Frauen-Vereinigung eine umfassende jüdische Tätigkeit aus. Es ist ihr zu wünschen, daß sie ihr persönliches Ideal, mit ihrer Familie in Palästina ihre

soziale und jüdisch-kulturelle Tätigkeit fortzusetzen, bald erreichen möge.

Frau Sokolow gestorben. London (J.T.A.). Am 29. Juni verschied die Gattin des Präsidenten der Zionistischen Executive, Herrn Nahum Sokolow in London nach einer mehrmonatigen Krankheit.

Dr. De Haan in Jerusalem erschossen. — Die Mörder unerkannt entwichen. Jerusalem (J.T.A.). Am 30. Juni abends wurden gegen den bekannten Agudisten Dr. De Haan, als er nach dem Mariw-Gebet die Synagoge verließ, von unbekannten Tätern aus Revolvern Schüsse abgegeben. Herr Dr. De Haan wurde getroffen und war sofort tot. Die Mörder entkamen. Der Vorfall hat in Jerusalem ungeheure Erregung hervorgerufen. — Eine Würdigung der Persönlichkeit des Toten behalten wir uns vor.

München. In der letzten Sitzung der Gemeindeverwaltung wurde Herr Louis Selinger an Stelle des verstorbenen Herrn Nußbaum in den Vorstand gewählt. Herr Selinger ist seit vielen Jahren in der Wohlfahrtspflege der Gemeinde außerordentlich tätig und hat sich auch um das Beerdigungswesen sehr verdient gemacht.

Sport-Echo

Jüdische Boxer. Berlin (J.T.A.). In der in Berlin erscheinenden Zeitschrift „Boxsport" veröffentlicht der bekannte Sportkritiker Kurt Doerry einen Artikel über das jüdische Element im Boxsport, in welchm er an die Tatsachen anknüpft, daß in dem denkwürdigen Boxkampf zwischen Ted Kid Lewis und dem französischen Mittelgewichtsmeister Francis Charles, wobei Kid Lewis seinen Partner über 15 Runden nach Punkten schlug, nicht allein die beiden Kämpfer, sondern auch der Ringrichter und schließlich auch der Veranstalter Monsieur David Selal Juden waren. Anknüpfend hieran wird erzählt, daß es in London und in ganz England zahlreiche jüdische Boxer gibt, ebenso in anderen Teilen der Welt das jüdische Element unter den Boxern verhältnismäßig stark vertreten. Die beiden Bloomfields, der nordenglische Schwergewichtsmeister Jack Bloomfield und sein Bruder Joe Bloomfield sind jüdischer Abstammung, und es gibt in der englischen Metropole sogar einen jüdischen Boxklub, den „Judean Club" in Ostend, in dem kein geringerer als Ted Kid Lewis seine ersten Lorbeeren pflückte.

Die Geschichte des Boxsports weist eine ganze Anzahl von Boxern jüdischer Abstammung auf. Vor allen anderen ist da Daniel Mandoza zu nennen, der im Jahre 1762 Meister von England wurde und von seinen Zeitgenossen nicht anders als „Mendoza, the Jew" genannt wurde. Der bekannte englische Autor Trevor C. Wignall widmet ihm in seinem Buche „The story of Boxing" ein umfangreiches Kapitel. Mendoza wird dort als ein Genie geschildert.

Ein Vetter Mandozas, Aron Mandoza, war gleichfalls ein bekannter Pugilist. Ebenso Dutch Sam (1801—1814), dessen eigentlicher Name Samuel Elias war und der das „Israelitische Phänomen" genannt wurde. In derselben Zeit lebte Isaac Bitton, später Aby Belasco.

Von jüdischen Boxern, die sich in neuerer Zeit hervorgetan haben, sind zu nennen: Der ehemalige Weltmeister im Leichtgewicht Battling Levinsky, Benny Loonard, der jetzige Leichtgewichtsmeister der Welt, ferner Tommy Burns, der ehemalige Weltmeister im Schwergewicht, der französisch-kanadischer Abstammung ist und mit richtigem Namen Noah Brusso heißt. Beim Durchblättern der Rekordlisten findet man zahlreiche Namen, die auf jüdische Abkunft hinweisen.

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Arbeitsrecht in der Bibel. Über dieses Thema sprach am 25. ds. Mts. im Rahmen der gemeinverständlichen Abendvorlesungen an der Münchner Universität Herr Prof. W. Silberschmidt, indem er für einen verhinderten Kollegen aus der theologischen Fakultät mit dankenswerter Bereitwilligkeit einsprang. Der Vortragende führte aus, daß man das Arbeitsrecht der Bibel nicht aus dem Arbeitsrecht der anderen antiken Völker herauslösen darf, wenn man seine hohe Bedeutung würdigen will. Wenn wir zunächst das Arbeitsrecht des Unfreien, des Sklaven betrachten, so sehen wir, daß alle alten Völker den Sklaven als Sache werten und sich nur in der größeren oder geringeren Härte ihm gegenüber unterscheiden. Am strengsten verfahren die Inder und die Römer haben in ihrem Recht die Betrachtung des Sklaven als Sache am konsequentesten durchgeführt. Das biblische Arbeitsrecht ist am meisten mit dem der alten Babylonier verwandt, wie die oft wörtliche Übereinstimmung von einschlägigen Gesetzesbestimmungen lehrt. Es unterscheidet sich aber in seinem Geist vollkommen von dem babylonischen Recht in dreifacher Hinsicht: durch den Monotheismus, seine Humanität und durch die Sabbatruhe. Der Glaube an den einen Gott, der den Menschen nach seinem Ebenbild erschaffen hat, verlangte, daß man auch im Sklaven das Ebenbild Gottes ehrte. Der menschliche Charakter des jüdischen Religionsgesetzes bewirkte eine Milderung der Schuldsklaverei, so daß der Schuldner nach 6 Dienstjahren frei gelassen und mit allem zu selbständigem Leben Notwendigen versehen werden mußte. Die Pflicht zur Sabbatruhe wird endlich ausdrücklich auf alle abhängigen Geschöpfe ausgedehnt. Beim Arbeitsrecht der Freien griff der Vortragende wiederum auf die Schöpfungsgeschichte zurück und führte aus, daß die Arbeit im Schweiße des Angesichts zum Ausdruck bringen will, daß kein Mensch ein Anrecht auf paradiesische Untätigkeit habe. Ferner ergebe sich aus der späteren traditionellen Auslegung des Bibelwortes, daß die Israeliten Knechte Gottes sind, aber nicht „Knechte der Knechte" sein sollen, eine unvergängliche Feststellung der Würde des Menschen. Dieser humane Geist des biblischen Arbeitsrechts, so waren die abschließenden Gedanken des Redners, sollten auch in der Gegenwart bei der Schaffung eines neuen deutschen Arbeitsrechtes wirksam werden, um eine dauernde Aussöhnung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeizuführen. Der Vortrag fand lebhaften Beifall bei den Zuhörern.

Zionistische Ortsgruppe München. Montag, den 7. Juli im Klubzimmer, Ottostr. 2, gemütliches Beisammensein. Gäste willkommen.

Silbenrätsel

Auflösung

„Wenn ihr wollt ist es kein Märchen". 1. Weitzmann, 2. Exekutive, 3. Nablus, 4. Numismatik, 5. Idee, 6. Haggai, 7. Rischon de Zion, 8. Wunderbaum, 9. Okka, 10. Levite, 11. Luther, 12. Teppich, 13. Infanterie, 14. Salomon.

Spendenausweis

Spendeneingänge vom 17. Juni bis 1. Juli

Allgemeine Spenden: Schl. Monheit kondoliert Herrn Dr. Krojanker 1.—. N. N. 2.— = 3.—.

Münchner Ölbaumhain: Norbert Sturm und Frau grat. zur Verlobung Hebenstreit-Rosenberg, Stiefelzieher — Anmut 1 Baum 6.—.

Albert u. Bertha Brunner-Garten: Dr. Schäler und Frau danken für die Glückwünsche anl. der Geburt ihres Sohnes 2 Bäume 12.—.

Billy Theilheimer s. A. Garten N. N. 2 Bäume 12.—.

Goldenes Buch Georg Orljansky s. A. Orljansky 10.—.

Büchsen: geleert durch Nathernheimer: Sachsenhauser 1.15, Renkazischok 4.60, Fischer 3.50, Schorr 2.92, Monheit 1.50, Ad. Fleischer 1.65, Holzmann 1.—, N. N. 1.—. = 17.52.

Gesamtausweis: 60.52. Gesamtausweis seit 1. 1. 24 = 4876.44.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Rudolf Liebstädter, Nürnberg, Fürtherstraße 87, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.